

Adrian Campbell

»Der innere Feind«

Eine Rückschau auf den britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85

Einleitung

Der im Frühjahr 1985 beendete Bergarbeiterstreik in Großbritannien war die längste, teuerste und härteste Auseinandersetzung, die die Geschichte der britischen Arbeiterbewegung aufzuweisen hat. Hierzu einige Fakten: Auf nationaler Ebene dauerte der Streik vom 2. März 1984 bis zum 5. März 1985 — in einigen Gegenden jedoch begann er beispielsweise zwei Wochen früher und endete eine Woche später. Parallel zu diesem Streik führte die Dachorganisation der Bergarbeitergewerkschaft, die National Union of Mine Workers (NUM) in der Zeit vom Oktober 1983 bis Mai 1985 eine Kampagne für die Überstundenbegrenzung auf nationaler Ebene. Zur Sicherung des Streiks in der Zeit von 1984 bis 1985 marschierten in dem gesamten Zeitraum jede Woche durchschnittlich 5300 Polizisten auf; 9778 Verhaftungen und 7785 richterliche Belehrungen wurden vorgenommen. Die Mehrzahl der zwei Drittel Beschuldigten wurde aufgrund geringfügiger Vergehen angeklagt und für schuldig befunden. Sechzig Bergarbeiter waren im Juli 1985 noch immer in Haft — angeklagt wegen schwerer Vergehen. Nahezu 800 Bergarbeiter wurden von der nationalen Kohlebehörde National Coalboard (NCB), der zuständigen Dachorganisation der Unternehmer, aus Gründen, die sich auf sogenannte disziplinarische Vergehen bezogen, entlassen; von diesen Entlassenen wurden ungefähr 200 wieder eingestellt. Es gab insgesamt fünf Todesfälle — zwei Streikposten kamen ums Leben (einer durch einen Unfall, einer auf bisher nicht geklärte Weise); ein Taxifahrer wurde ermordet, als er einen Streikbrecher zur Arbeit fuhr und es gab mindestens zwei Selbstmorde. Bei Polizei und Streikposten gab es jeweils mindestens tausend Verletzte. Familien, ja ganze Gemeinden entzweiten sich aufgrund haßerfüllter Auseinandersetzungen über Ziele und Richtung des Streiks.

Für den englischen Staat war der Streik außerordentlich kostspielig; die Kosten wurden mit nicht weniger als 3,5 Milliarden Pfund Sterling veranschlagt (Financial Times v. 4.3.1985). 1200 Millionen Pfund Sterling zusätzliche Ausgaben entstanden bei der Elektrizitätsgewinnung durch die Verwendung von Öl anstatt Kohle — wobei in diese Berechnung der Kauf von 6 % der Ölfördermenge der OPEC auf dem Spot-Markt, d.h. dem Tagesmarkt, bereits eingegangen ist. Einige Kommentatoren von der Rechten hatten in diesem Zusammenhang sogar die Thatcher-Regierung im Verdacht, den Streik künstlich zu verlängern, um den Weltmarktpreis für Rohöl (und die Nordseeölexporte) in die Höhe zu treiben (Pargeter 1985).

Zielsetzungen und Vorkehrungen der Thatcher-Regierung

Zu allererst gab die Regierung vor, die finanziellen Lasten des Streiks auf die NCB und den Steuerzahler abzuwälzen. Allerdings betrug der Betrag, den die Regierung einsparen wollte, von vornherein nicht mehr als 250 Millionen Pfund im Jahr — dies nach Abzug der Sozialab-

gaben. Gleichzeitig erklärte Kanzler Nigel Lawson im August 1984 öffentlich, daß er das im Rahmen des Streiks ausgegebene Geld der Regierung als »sinnvolle Investition« betrachte, vermutlich mit der Zielsetzung, auf diese Weise eine Ökonomie der Niedriglöhne im monetaristischen Sinne etablieren zu können, die frei wäre von den Rigiditäten eines mehr oder minder regulierten Arbeitsmarktes.

Alle bisher angeführten Sachverhalte sind nicht in der Lage zu erklären, warum die Auseinandersetzungen so eskalierten. Schließlich hatten die enorm hohe Arbeitslosigkeit und eine auf die Schwächung der Gewerkschaften zielende konservative Gesetzgebung ihre Wirkung bis dahin nicht verfehlt. Bis auf die NUM war in der jüngsten Vergangenheit keine der Gewerkschaften bei einer entscheidenden Auseinandersetzung mit der Regierung erfolgreich gewesen. Hierzu zählen auch die Auseinandersetzungen, die die NUM 1981 mit der Regierung hatte; auch sie können nicht als Sieg der Bergarbeiter angesehen werden. NUM-Präsident Arthur Scargill vertrat bereits im April 1981 öffentlich die Meinung (vgl. das Interview in *Marxism Today*), daß die Regierung ihren damals bereits vorhandenen Schließungsplan der Zechen offensichtlich lediglich aus taktischen Gründen so schnell fallen ließ (fast zur gleichen Zeit, in der die Bergarbeiter in Yorkshire sich für einen Streik aussprachen); die Regierung wartete offenbar auf einen günstigeren Zeitpunkt für die Umsetzung ihrer Pläne. Im Jahre 1981 befand sich die Regierung darüber hinaus in einem Popularitätstief: zum einen befand sich Großbritannien wirtschaftlich in einer tiefen Rezession, und zum zweiten bestand auch damals noch die Möglichkeit, daß sich — zusätzlich zur NUM — andere politische Kräfte plötzlich doch noch zu einer Koalition gegen den Monetarismus zusammenfinden könnten. Im Jahre 1984, nach dem viel gefeierten Erfolg im »Falkland-Krieg« gegen Argentinien, nach dem Niederringen der gewerkschaftlichen Positionen im Gesundheitswesen, dem Zurückdrängen der Gewerkschaften in der Druck- und Automobilindustrie sowie im Bahnwesen, einer Verdoppelung der Arbeitslosenziffern und einem Sieg der Konservativen bei den Wahlen 1983, war dann schließlich kein großer Widerstand mehr gegenüber den Regierungsplänen zu erwarten. Die NUM wurde an den Rand gedrängt, bevor der Streik überhaupt begann.

Die Konservativen hatten der NUM den Rauschmiß aus der Regierung von 1984 nicht vergeben: Bereits während ihrer Oppositionszeit in den 70er Jahren hatte Margaret Thatcher zwei Berichte in Auftrag gegeben, die 1978 in die Presse lanciert wurden (vgl. *Economist* v. 27.3.1978). Im Carrington-Bericht wurden Labilität und Verwundbarkeit einer jeden künftigen Regierung durch mögliche Streiks in öffentlichen Institutionen pointiert herausgearbeitet. Der zweite, der Ridley-Bericht, konzentrierte sich auf zu entwickelnde taktische Möglichkeiten, die dazu dienen könnten, die Herausforderungen durch Streiks zu unterlaufen. Die Hauptgesichtspunkte des bereits auf eine weitreichende Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ausgerichteten Ridley-Berichts lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Notwendigkeit einer präzisen Aufstellung aller relevanten Plandaten, um einer strategisch wichtigen Lohnarbeitergruppe, wie zum Beispiel den Kraftwerksarbeitern, überdurchschnittliche Löhne zahlen zu können;
- Ratschläge an die jeweilige Regierung in bezug auf Strategie und Taktik der anzuzielenden Schlachten mit den Gewerkschaften, d.h. Wahlkriterien für Zeitpunkte, Ebenen und Orte der Auseinandersetzung, von denen aus die Schlacht gewonnen werden könnte;
- gezielte Hinweise darauf, daß im Bereich des Bergbaus/der Kohleindustrie mit hoher Wahrscheinlichkeit eine größere Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft in Aussicht stünde.

In bezug auf den Bergbau empfahl der Bericht ganz konkret Vorkehrungen zu treffen, und zwar bezogen sich diese Empfehlungen auf den Aufbau von Kohlevorräten, besonders für

Kraftwerke; den verstärkten Einsatz nicht-gewerkschaftlich organisierter Fernfahrer, um diese Kohle, wenn nötig, auch zu transportieren; die Aufstellung von Plänen für die Kontrolle und die Zuteilung des Imports von Kohle und die Einführung eines doppelt nutzbaren Systems für Kohle- und Ölfeuerung in Kohlekraftwerken. Weiterhin enthielt der Bericht die ganz allgemeingehaltene Empfehlung, Streikenden grundsätzlich die Sozialleistungen zu entziehen, womit eine zusätzliche Belastung der Gewerkschaftskassen herbeigeführt werden sollte. Und schließlich verwies der Bericht darauf, daß es nötig sei, große bewegliche Polizeieinheiten für den Einsatz gegen Streikende und Streikposten auszurüsten und vorzubereiten.

Alle diese Empfehlungen wurden schließlich umgesetzt und stellten im Jahre 1984 die entscheidenden Weichen. Als Regierung und NUM nach schließlich zehn Jahren zum ersten Mal in ernsthafte Auseinandersetzungen gerieten, war von vornherein kein Zweifel zu hegen, wer die besseren Lehren aus der Vergangenheit gezogen hatte.

Die Vorbereitung des Streiks

Zusätzlich zu den geschilderten planerischen und praktischen Vorkehrungen, die die Regierung bereits im Vorfeld traf, trug ihre erfolgreiche Steuerung der öffentlichen Meinung zur Sicherung ihres Sieges bei. Die Regierung erklärte den Streik von vorneherein zu einem »politischen Streik«, der auf nichts anderes zielte, als auf einen Machtwechsel mit undemokratischen Mitteln. Man behauptete, der Streik hätte keinerlei industriepolitische Begründung und diene lediglich dem politischen Ehrgeiz eines Mannes, dem NUM-Präsidenten Arthur Scargill. Der zuständige Staatssekretär für Energiewirtschaft erklärte nahezu bei jedem Fernsehauftritt, daß das »Angebot«, das die NCB der NUM gemacht habe, das »Beste seit der Verstaatlichung« gewesen sei. Richtig war dies jedoch lediglich in Bezug auf die enorm hohen Angebote, Abfindungszahlungen für freiwillig Ausscheidende zu zahlen, mithilfe derer die Schließung von (buchstäblich) der Hälfte der Zechen innerhalb von fünf Jahren abgedeckt werden sollte.

In ihrer negativen Meinungsmache wurde die Regierungspartei von neun Tageszeitungen unterstützt; eine »böartige« Ausnahme bildete die *Financial Times*. Sie und der *Guardian*, eine liberale Tageszeitung, waren die einzigen Blätter, die in ihren Berichten über den Streik ein hohes, sachliches Niveau beibehielten. Ansonsten führte sich die Presse auf, so sah es ein amerikanischer Journalist, als seien sie Angestellte bei der Partei der Konservativen und nicht Journalisten (Huckleby 1984). Scargill, immer dargestellt als eine Mischung aus Napoleon, Lenin und Hitler, bekam mehr Aufmerksamkeit in den Medien als die königliche Familie. Speziell in den späteren Stadien des Streiks konnte sich die NUM, die dann unter akuter Finanznot litt, gegenüber solchen und anderen Angriffen in den Medien und — speziell auch ganzseitigen Anzeigen des NCB in der Tagespresse — nicht mehr behaupten. Die NUM vertraute viel zu viel auf einfache Werbesprüche und auf Solidaritätsappelle, deren moralischem und Rationalitätsgehalt sie unmittelbare Wirkung unterstellte. Ihre Entscheidung, zunächst keine Abstimmung über den Streik durchzuführen, sowie der Tatbestand ihrer inneren Zerrissenheit, ließen die Vermutung aufkommen, daß die NUM ihren eigenen Mitgliedern nicht zutraute, die getroffene Entscheidung zu unterstützen.

Obwohl Fernsehen und Rundfunk nicht so einseitig über den Streik Bericht erstatteten wie es die Presse tat, wirkte sich ihre Orientierung am »Prinzip der Ausgewogenheit« der Medien

sehr oft gegen die NUM aus. Seither sind Interpretationen lautgeworden, die besagen, daß diese Orientierung an Prinzipien von Ausgewogenheit selbst ein Produkt des Zwei-Parteien-Systems der parlamentarischen Demokratie ist: diejenigen, die als außerhalb dieses Systems stehend eingeordnet werden, werden somit auch sehr leicht als Vertreter von Interessen wahrgenommen, die nur bedingte Legitimität beanspruchen können.

Man warnte das Land vor einem neuen Feind; diesmal war er nicht in der Militanz der Gewerkschaften verkörpert, sondern ein neues Wesen erschien auf der Bildfläche, das man »Scargillismus« nannte. Mit diesem Namen, der niemals genauer mit Inhalt gefüllt wurde, hatte man etwas gefunden, das die latente Funktion erfüllte, für alles das zu stehen, was demokratischem Leben und demokratischer Lebensweise feindlich gesonnen sein konnte. Die Behandlung, die die NUM erfuhr, kann zum Teil lediglich dadurch gerechtfertigt werden, daß sie sich mehr und mehr gegen Scargill als Person richtete.

Scargills eigene Haltung hob sich nicht genug von diesem völlig überzeichneten Bild ab, so daß eine gewisse Gegensteuerung hier entfallen mußte. Speziell solche Fehler, wie die Aufforderung an Ghadafi vom Oktober 1984, Geld für den Streik zur Verfügung zu stellen, waren nicht dazu angetan, die öffentliche Meinung im Sinne des Streiks zu beeinflussen. Noch im Juli 1984 zeigten Umfragen, daß 71 % der Befragten den Streik für »politisch motiviert« hielten und nur 19 % sahen ihn vorrangig als Ausdruck einer speziellen industriepolitischen Auseinandersetzung an. Noch zu Beginn des Streiks unterstützten 35 % in Umfragen die NUM, das NCB wurde demgegenüber von 41 % unterstützt. Im August 1984 hatten sich die Zahlen bereits verschoben, auf 46 % für die NCB und 30 % für die NUM. 71 % der Befragten waren der Ansicht, daß die Polizei den Streik gut im Griff hatte, und nahezu 50 % waren der Meinung, die Regierung sollte alle unrentablen Gruben schließen (vgl. Basset 1985).

Nur in den letzten Monaten, als die restlichen Streikenden so ziemlich vor dem Nichts standen, konnte der »Scargillismus« einige Punkte auf seinem Konto verbuchen; und als das Scheitern des Streiks offensichtlich war, begann man die Tatsachen in dem Licht zu sehen, das von Anfang an angemessen gewesen wäre: Für ganze Regionen waren die Kohlegruben der ökonomisch wichtigste Industriezweig. Diese Regionen wiesen eine enorm hohe Arbeitslosenquote auf (durchschnittlich 15-20 %); der Grund war in den Grubenschließungen der Vergangenheit zu suchen, sowie in den Folgeschließungen von Betrieben, die zunächst an ihre Stelle getreten waren. Es wurde die Redeweise modern, vom »Konservativismus« der Bergarbeiter zu sprechen und von ihrem Versuch, dem Fortschritt eine längst überholte Lebensweise entgegenzustellen. Dennoch ist es überraschend, daß nicht mehr Leute in der Lage waren, die verzweifelte Dimension des Streiks zu erkennen. Die Bergarbeiter und ihre Familien kämpften um den Erhalt von Arbeitsplätzen, die sie, wenn sie hätten wählen können, gar nicht hätten haben wollen. Sie kämpften um diese Arbeitsplätze, weil sie weder Hoffnung auf irgendwelche anderen Arbeitsplätze hatten, noch auf andere tragfähige Zukunftsperspektiven. Auch hatten die Diskussionen über Abfindungssummen wenig Bedeutung für die Mehrzahl der Bergarbeiter, die im Durchschnitt jünger als 35 Jahre alt waren. Da für die kommenden fünf Jahre eine große Anzahl von Grubenschließungen zu erwarten war, stand sowieso im Raum, wie diese im Rückgriff auf Pflichtabfindungen durchgeführt werden könnten (vgl. Lloyd 1985). Im Gegensatz zu dem Eindruck, der allgemein erweckt wurde, tat Ian MacGregor, der Vorsitzende des NCB, allerdings alles, um das Entstehen des Eindrucks zu verhindern, daß Zusicherungen gemacht würden in bezug auf zukünftige Pflichtabfindungen. — Allerdings hätte eine solche Politik auch das Resultat, die wirtschaftliche Infrastruktur der betroffenen Regionen ernstlich zu schädigen. Gerade in Gegenden, die fast bis zum Schluß

die harte Streiklinie verfolgten, stellte die Unterstützung ortsansässiger Geschäftsleute eine wichtige Säule dar: Regionalbanken gewährten großzügige Kredite und einheimische Geschäfte ließen anschreiben; Bausparkassen gaben häufig erneute Anleihen auf Häuser, die die Bergarbeiter noch nicht einmal vollständig abbezahlt hatten. Auf diese Weise waren beispielsweise Hauseigentümer und solche, die im Begriff waren, es zu werden, ökonomisch besser für einen langen Streik gerüstet, als jene, die in den kommunaleigenen oder dem NCB gehörenden Häusern zur Miete wohnten.

Verbreitete, aber falsche Einschätzungen über die Militanz der Bergarbeiter

Zu Beginn des Streiks war die einhellige Meinung, daß die jungen Bergarbeiter nicht mehr der »altmodischen« militanten Gewerkschaftspolitik ihrer älteren Kollegen anhingen. In der Realität war es jedoch dann so, daß die älteren Bergarbeiter verständlicherweise auf ihre Abfindungen hofften, während die jüngeren in den vordersten Reihen des Streiks zu finden waren. Auch ging man davon aus, daß die Frauen einen Streik nicht dulden und mittragen würden. Zu Beginn des Streiks wurde dieses Vorurteil auch bestätigt; Frauen aus Regionen wie Notts beispielsweise demonstrierten gegen die Streikposten aus Yorkshire. Die hämische Freude der Medien über die Aktionen der Frauen aus Notts während der ersten Woche des Streiks führte jedoch zu einer spontanen Unterstützungsaktion von Frauen für den Streik. Beispielsweise schrieb eine Gruppe von Hausfrauen aus Yorkshire an den *Barnsley Chronicle* und legte ihre Gründe für die Unterstützung des Streiks dar. Auf diese Weise wurden allmählich Verbindungen und Netzwerke hergestellt; nicht nur in Yorkshire, sondern überall in den Kohlerevieren traten Frauengruppen gegen die Schließung der Zechen auf (vgl. Barnley Women 1984). Obwohl Anne Scargill, die Frau des NUM-Präsidenten, und Betty Heathfield, die Frau des Generalsekretärs, diese Aktionen mittrugen, hatten die meisten Anführerinnen in diesen Frauengruppen keine vorgängige politische Erfahrung. Die Frauen beschränkten sich jedoch nicht auf das Sammeln von Geld und die Verwaltung von Verpflegungsküchen, sondern sie bestanden auch darauf, als Streikposten aufgestellt zu werden. Viele von ihnen, Anne Scargill eingeschlossen, wurden zeitweise verhaftet und sie erfuhren dieselbe beleidigende Behandlung durch die Polizei, die in Greenham Common Peace Camp bereits zur Norm geworden war. Es stellte sich dann heraus, daß viele der im Streik aktiven Frauen im Anschluß an den Streik politisch weiter aktiv blieben; der Versuch, ihnen den Status von Ehrenmitgliedern der NUM zu verleihen, scheiterte 1985 nur knapp.

Auf dem Parteitag der Labour Party im Jahre 1984 fiel bereits auf, daß der einzige männliche Befürworter, den Frauensektionen in der Partei ein stärkeres Gewicht beizumessen, der Schatzkämmerer der NUM Derbyshire war; dabei galt er lange Zeit als der größte männliche Chauvinist der Gewerkschaften.

Weit verbreitet war vor dem Streik die Ansicht, daß Haus- bzw. Immobilienbesitz sich negativ auf die Kampfkraft der Arbeiter auswirken würde. Jedoch, wie bereits erwähnt, erleichterten Hypotheken und Immobilienbesitz das Durchhalten des Streiks sehr oft. Die betroffenen Bergarbeiter hatten ein verstärktes Interesse an einer Langzeitsicherung ihrer Arbeitsplätze — sie hatten einfach mehr zu verlieren.

Zwei Faktoren wirkten sich allerdings einschränkend auf die Kampfkraft der Bergarbeiter aus: Die großen Entfernungen zwischen Wohnung und den Zechen und die jeweilige Tradition der Region, in der sich die Zeche befand.

Fangen wir mit dem letzteren an — auf ersteres kommen wir bei der Beschreibung der Taktiken des NCB weiter unten noch einmal zu sprechen. In Bergwerksregionen haben sich im Laufe der Zeit politische und kulturelle Eigenheiten herauskristallisiert, die von einer bemerkenswerten Beständigkeit gekennzeichnet sind. Beispielsweise muß ein Befürworter des Streiks in Gegenden wie Notts und Staffordshire mehr Kraft für die Unterstützung des Streiks aufbringen, um bis zum Ende durchzuhalten, als in Süd-Wales oder Yorkshire. Dort unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung den Streik und dort ist die Geschichte vergangener Auseinandersetzungen noch lebendig. Gerade im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft der jüngeren Bergarbeiter spielte dies eine nicht unbeträchtliche Rolle.

In Gegenden, die mehr dem rechten Flügel der NUM zuzurechnen waren, beteiligten sich nach den ersten paar Monaten konstant 5 bis 10 % der Mitglieder am Streik. Diese stabile Unterstützung des Streiks kam erstaunlicherweise nicht durch eine speziell formierte politische Minderheit zustande, noch gehörten die Unterstützer dem militanten Flügel an. Viele Gespräche mit streikenden Bergarbeitern aus Staffordshire wiesen sie im allgemeinen als gemäßigt aus. Oft wurde aus einer Loyalität der Gewerkschaft gegenüber gestreikt, aber auch aus dem Gefühl heraus, sich gegen weitergreifende Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen zu müssen — überhaupt ein spezielles Charakteristikum englischer Bergarbeiterstreiks. Dieser ausgeprägte Sinn, sich gegen Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen, wird gestützt durch die ebenfalls ausgeprägte Haltung bei den Bergarbeitern, bei Auseinandersetzungen Fragen des Gemeinwohls sehr ernst zu nehmen (vgl. Thompson 1980). Die Art und Weise, wie der industrielle Konsens, an den selbst die Bergarbeiter bisher geglaubt hatten und immer wieder ermuntert wurden zu glauben, unterminiert wurde, erschütterte viele. Die meisten waren entsetzt, daß das NCB, der relativ wohlwollende und angenehme Arbeitgeber der Vergangenheit, plötzlich Eigenarten und Methoden zur Geltung brachte, die man eigentlich bei den legendären Eigentümern der Bergwerke aus der Zeit vor der Nationalisierung vermutet hatte.

Eine weitere wichtige Rolle für die Größenordnung der Bergarbeiter, die sich weiter am Streik beteiligten, spielte die Unterstützung durch die Gemeinde — wiederum ein Moment der gewachsenen politischen Tradition einer Region. Einer der Gründe, warum Süd-Wales unbeirrbar den Streik unterstützte, war der Umstand, daß die Elektrizitätsgesellschaft von Süd-Wales niemanden fand, der sich dazu hergab, den streikenden Bergarbeitern den Strom abzusperrn. Obwohl die Regierung seit November 1984 beinahe täglich die wellenartige Rückkehr der Streikenden an ihre Arbeitsplätze als einen moralischen Sieg und Beweis dafür feierte, daß auch Gewerkschaftsmitglieder ihren Rechten Geltung verschaffen könnten, gab es kaum Zweifel, daß in den meisten Fällen die nackte Armut der Grund für die Rückkehr an die Arbeitsplätze war. Ken Moses, zu dieser Zeit amtierender Direktor des NCB in Nord-Derbyshire und gleichzeitig auch führender NCB-Strategie, sprach es offen aus: »Sie kehren nicht an die Arbeitsplätze zurück, weil sie die Kohlebehörde etwa lieben, sie kommen des Geldes wegen.«

Tabelle 1:

Wiederaufnahme der Arbeit nach Regionen und politischen Einstellungen

Region	Politik	Gesamt	% Arbeitswiederaufnahme nach:		
			5 Monaten (14.8.84)	8 Monaten (20.11.84)	1 Jahr (4.3.85)
Yorkshire	Links	50.000	0	4	17
South Wales	Links	20.000	0	1	5
Scotland	Links	12.000	0	13	44
Kent	Links	2.500	0	5	10
Northumberland and Durham	Mitte	22.000	0	8	42
Derbyshire	Mitte/Links	10.500	7(3)	33	80
Staffordshire	Rechts	9.000	62(22)	87	90
Lancashire	Rechts	6.000	40(36)	50	80
Nottingham	Rechts	27.000	95(86)	95	95
South Midlands (Warwick, South Derbyshire, Leicester)	Rechts	10.000	95(85)	96	96
North Wales	Rechts	1.000	50	75	85
Cokemen	Mitte	4.000	5	5	—
Total		74.000	25(20)	32	46

Die Daten wurden nach Angaben der *Financial Times*, dem *Minor* (NUM) und dem *Coal News* (NCB) zusammengestellt.

Die Zahlen in Klammern geben den durchschnittlichen Prozentanteil der Arbeitenden in der ersten Phase der Streiks an, soweit sich dieser vor August 1984 verändert hat.

Konsens und Konflikt innerhalb des Bergbaus

Die NUM, die während der 40er und 50er Jahre noch das Rückgrat des rechten Flügels der Labour Party bildete (vgl. Taylor 1984), ist unterdessen gewaltig nach links gerückt. Diese Entwicklung begann Ende der 60er Jahre und fand ihren Höhepunkt in den Wahlen Scargills (1981) zum Präsidenten und Heathfields (dem linken Labour-Kandidaten von 1984) zum Generalsekretär. Der Vizepräsident Mick MacGahey, regelmäßig seit 1972 wiedergewählt, ist ein gestandener Kommunist mit pragmatischen Zügen. In der jüngsten britischen Geschichte hatte keine andere Gewerkschaft je eine solche ausgeprägte linke Führung.

Parallel zu der Wahl linker Kandidaten in die Führungsspitze der NUM, setzte der Zerfall der alten rechten Opposition ein. Bis in die 60er Jahre hinein war die Linke (die damals hauptsächlich aus Kommunisten bestand, die sich aus Schottland und Wales rekrutierten) eine kleine Minderheit innerhalb des 25köpfigen nationalen Präsidiums. Seit Mitte der 60er Jahre exi-

stierte jedoch ein Bündnis zwischen Kommunisten und Aktivisten des linken Labour-Flügels, das sich zielstrebig für eine Politisierung der Mitglieder einsetzte (vgl. Allen 1981). Im Anschluß an die Streiks der 70er Jahre konnte die Linke in den Wahlen ihre Stellung ausbauen, mit dem Resultat, daß das nationale Präsidium (Präsident war Joe Gormley, der zum rechten Flügel zählte) zeitweise im Verhältnis von 13 zu 12 abstimmte. Die Folge war eine disziplinierte, ausgeklügelte Fraktionspolitik. Das Ziel der Rechten war es, die Linke daran zu hindern, die nicht unbeträchtliche Macht der NUM zu nutzen, um die Sparpolitik der Labour-Regierung zu brechen. Hierbei konnten auch teilweise Erfolge verbucht werden, beispielsweise mit Verweis auf versteckte Lohnerhöhungen, die die Linke ablehnte. Im Frühjahr 1979 torpedierten die meisten Gewerkschaften die Ausgabenpolitik der Regierung (die NUM war daran nicht beteiligt); die Labour-Regierung — inzwischen vollkommen unglaubwürdig geworden — wurde schließlich durch die Regierung Margret Thatchers ersetzt.

Als es keine Labour-Regierung mehr zu schützen gab, und als das Bergbaugesetz von 1980 Thatchers Entschluß verdeutlichte, den Bergbau den »Kräften des Marktes« zu überantworten, gehörte die austarierte Fraktionspolitik der Vergangenheit an. Traditionell rechte Gebiete, wie z.B. Durham (die in der Vergangenheit stark unter den Zechenschließungen gelitten hatten), entwickelten sich nach links, während andere Gebiete, wie z.B. Notts, sich mehr der Mitte zubewegten. Scargill trat damals mit der Information an die Öffentlichkeit, daß die Regierung eine Liste von zu schließenden Zechen vorbereitet habe, und diese Ankündigung bewahrheitete sich im Frühjahr 1981. In einer geheimen Abstimmung der Bergarbeiter in Yorkshire (deren Präsident Scargill seit 1973 war) sprachen sich 86 % für einen Streik aus, und die Regierung mußte einen Rückzieher machen. Im Anschluß daran galt Scargills Sieg bei der Präsidentenwahl auf nationaler Ebene, im Dezember 1981, als gesichert. Er erhielt 70 % der Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 80 % der Mitglieder). Als Heathfield im Januar 1984 zur Wahl als Generalsekretär kandidierte, fand sich kein ernsthafter Gegenkandidat des rechten Flügels. Der bisherige rechte Flügel war nicht in der Lage, eine einigermaßen glaubwürdige Wahlplattform zu formulieren, von der aus er gegen die Linke hätte antreten können (Campbell/Warner 1985).

Lediglich einmal noch kam die ausgeklügelte Fraktionspolitik zwischen Rechts und Links während des Streiks zum Tragen: als 1984 und 1985 die Frage einer geheimen Abstimmung auf nationaler Ebene diskutiert wurde. Bis zum 8. April 1984 hatte die Rechte zusammen mit der Linken und der Mitte, die Zweifel an einer Strategie, die Abstimmung zu verhindern, hegten, eine Mehrheit von 14 zu 10 Stimmen für eine Abstimmung zustande gebracht. Scargill brachte satzungsmäßige Bedenken ein und ließ darüber mit dem Erfolg abstimmen, die Angelegenheit zwei Wochen später einer Delegiertenkonferenz zur weiteren Behandlung weiterzuleiten. Seit sich Yorkshire und Durham nach links bewegt haben, haben Untergliederungen, die zwischenzeitlich zusammentraten, immer die Politik des linken Flügels unterstützt. Scargill berief während des Streiks regelmäßige Konferenzen ein, und er verlor bis zum 3. März 1985, als die Delegierten den Streik mit 98 zu 91 Stimmen beendeten, nicht eine Abstimmung. Deshalb war seine Entscheidung, keine geheime Abstimmung über den Streik abzuhalten (Meinungsumfragen gaben an, daß 55 % für Streik gestimmt hätten, gegenüber 12 % dagegen), auch bei zunächst ungewissem Ausgang, ein grober taktischer Fehler. Nicht nur, daß die NUM, die sich selbst immer als Prototyp einer demokratischen Gewerkschaft dargestellt hatte, nun Vorwürfen Tür und Tor öffnete, die ihr undemokratische Praktiken anhängen konnten (vgl. Edelskin/Warner 1975). Es war vor allem eine Folge dieser taktischen Fehleinschätzung, daß der Streik in der öffentlichen Meinung als verloren galt. Jack Taylor,

Präsident der Bergarbeiter von Yorkshire, gab zu, daß der unerwartet starke und entschlossene Polizeieinsatz in der Gegend um Nottinghamshire und in anderen Gegenden es unmöglich gemacht hatte, die Industrie allein durch die Aufstellung von Streikposten lahmzulegen. Obwohl 80 % der Bergarbeiter sich im Streik befanden (so viele waren es zu diesem Zeitpunkt!) wurde ein Sieg immer unwahrscheinlicher. Denn die restlichen 20 %, die immer noch arbeiteten, arbeiteten in den rentabelsten Zechen.

Nach den Auseinandersetzungen um die Abstimmungen gab es meist einstimmige Beschlüsse innerhalb der NUM. Ein großer Teil des rechten Flügels — eingeschlossen diejenigen, die in der Vergangenheit Scargill hart bekämpft hatten — unterstützte den Streik ehrlichen Herzens. Von anderen wiederum sagt man, daß sie Scargill lediglich unterstützten, um seine politische Demontage und die der Linken zu befördern. Allerdings war der Ablehnungsbeschuß der gesamten NUM-Führung, der sich auf ein Papier bezog, das die Regierung zusammen mit dem NCB und dem Trades Union Congress (TUC), dem Dachverband der Gewerkschaften, verfaßt hatte, durchaus ernstgemeint. Denn dieses Papier enthielt die Aufforderung, den Zechenschließungen aus ökonomischen Gründen prinzipiell zuzustimmen. Selbst der Mann des rechten Flügels, Trevor Bell, äußerte sein Entsetzen über die Kohlebehörde. Zwar war es so, daß Rechte und Linke, seit es die NUM gab, immer politisch miteinander rangen, wenn es darum ging, Zechenschließungen aus rein wirtschaftlichen Gründen zu akzeptieren (in der Praxis war man jedoch immer schon gezwungen, pragmatische Übereinkünfte zu treffen). Auch vertrat die Rechte immer schon die Ansicht, daß eine Zusammenarbeit mit dem Management den Mitgliedern der NUM den meisten Nutzen bringen würde. Dies hatte unter anderem seinen Grund darin, daß das NCB in der Vergangenheit ein sehr angenehmer Arbeitgeber war, der sozusagen das Modell für den industriellen Konsens seit 1945 abgab. Diejenigen, die in diese Konsensstrukturen hineingewachsen waren, d.h. sowohl Bergarbeiter als auch Führungskräfte, waren daher dann völlig desillusioniert, als in den ersten Monaten des Jahres 1985 deutlich wurde, in welchem Ausmaß die bisherigen Konsensstrukturen bereits durchlöchert waren: Das NCB und die Regierung ließen keinen Zweifel mehr daran aufkommen, daß sie voll und ganz auf eine totale Niederlage der NUM setzten.

Die Hafenarbeiterstreiks

Blickt man zurück, so gab es lediglich zwei Ereignisse, die einen Sieg der NUM möglich erscheinen ließen. Das erste kann im Juli 1984 festgemacht werden, als eine »zweite Front« durch den Hafestreik der Transportarbeiter und anderer Arbeiter entstand. Die Regierung bemühte sich von Anfang an gezielt darum, die NUM zu isolieren, denn sie setzte darauf, sie niederringen zu können, solange keine andere größere Gewerkschaft sich mit in die Auseinandersetzungen einschaltete. Dies war (wie der *Daily Mirror* am 6. Juni 1984 aufdeckte) der Grund für die heimliche Einmischung der Regierung in die Tarifverhandlungen zwischen der Britischen Eisenbahngesellschaft und den Eisenbahnergewerkschaften. Es wurde bewerkstelligt, höhere Lohnsteigerungen anzubieten, als eigentlich anstanden. Auf diese Weise gelang es zu verhindern, daß die Eisenbahnergewerkschaften einen Grund fanden, ihren Vorstellungen entsprechend eine Streikorganisation zu führen (Sympathiestreiks waren seit dem »Beschäftigungsförderungsgesetz« von 1980 verboten). Die Regierung war hierbei erfolgreich, obwohl die Eisenbahnergewerkschaften erhebliche Anstrengungen unternahmen, den Schienentransport von Kohle und Öl zu unterbrechen (wobei es zu mehreren Arbeitsnieder-

legungen kam). Die Wirkungen waren jedoch gleich Null, da buchstäblich hunderte von privaten Fuhrunternehmern bereit waren, die Kohle auf der Straße zu transportieren.

Die Hafentarbeiter sahen kommen, daß die Regierung auf eine zusätzliche Ausgrenzungsstrategie setzte. Ironischerweise war es so, daß sobald Scargill mit seiner Begehrlichkeit hinsichtlich der »Moskauer Kommunisten« (die sowjetischen Gewerkschaften leisteten der NUM Unterstützung in Form von Lebensmitteln, Geld und Ferienlagern für Kinder) schließlich nicht mehr im Mittelpunkt von Presse, Nachrichten und Ansprachen der Minister stand, einem anderen Tatbestand sehr viel weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde: Die Regierung importierte einige Millionen Tonnen polnischer Kohle, die in sowjetischen Schiffen transportiert wurde, um die Kohle- und Ölblockade der nationalen Gewerkschaft der Seeleute zu umgehen. Die Hafentarbeiter verwiesen zwar darauf, daß nicht-gewerkschaftlich Organisierte für die Bedienung der Kräne und das Entladen der Kohle eingesetzt wurden; ihre Argumente hatten jedoch nicht genügend Durchschlagskraft.

Ab Juli trugen dann etliche Minister im Rahmen von Vorträgen entscheidend dazu bei, ein Klima der Angst um die demokratische Lebensweise des Landes zu schüren. Der berühmteste Beitrag in diesem Rahmen war der Vergleich, den die Premierministerin in ihrer Rede vor den konservativen Mitgliedern des Parlaments zog zwischen den Auseinandersetzungen im »Falkland-Krieg« und den innenpolitischen Auseinandersetzungen (die Argentinier waren der »äußere Feind«, die NUM der »Feind im Innern«).

NACODS und die entscheidenden Verhandlungen

Das zweite Ereignis, das einen Sieg der NUM hätte wahrscheinlich machen können, war die NACODS-Auseinandersetzung im Oktober 1984. NACODS (Nationalgewerkschaft der Vorarbeiter etc. in den Kohlengruben) hatte 1984 16.000 Mitglieder, sämtliche Verwaltungsangestellten des NCB gehörten beispielsweise dazu. NACODS, eine extrem gemäßigte Gewerkschaft, führte am 11. April 1984 die erste Urabstimmung seit ihrem Bestehen durch. Eine Mehrheit sprach sich für den Streik aus, aber nicht die satzungsmäßig erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. Zu Beginn des September 1984 entwickelte sich dann eine Auseinandersetzung zwischen NACODS und dem NCB, die die Gehaltsauszahlung für diejenigen NACODS-Mitglieder zurückhielt, die sich weigerten, an NUM-Streikposten vorbei zur Arbeit zu gehen. NACODS entschied sich für eine zweite Urabstimmung, zum einen über diesen Sachverhalt, zum anderen auch über die geplanten Zechenschließungen. Das Ergebnis war, daß eine enorme Mehrheit von 82,5 % sich für den Streik aussprach. Das Einstellen der Arbeit der NACODS-Organisierten hätte die Schließung jeder Zeche im Lande zur Folge gehabt, vor allem auch deshalb, da die Einhaltung der Sicherheitsgesetze die Anwesenheit von entsprechenden Arbeitskräften verlangte, die meist in NACODS organisiert waren. Die Gespräche mit dem NCB brachen Anfang Oktober zusammen, da McGregor, der den NCB vertrat, durchgängig auf dem Recht des Managements bestand, jede nicht-profitable Zeche schließen zu können (er trat dafür in jeder NCB/NUM-Verhandlung ein). Sowohl NACODS als auch NUM hatten sich immer wieder dem Prinzip der Schließung aus rein ökonomischen Gründen widersetzt. Am 16. Oktober gab NACODS bekannt, daß sie innerhalb einer Woche in den Streik treten würden.

Dies hob die Moral der zögernden NUM und ließ die Regierung in Panik geraten. Peter Walker, der Staatssekretär für Energiewirtschaft, war bereits gereizt über MacGregors letzte

schwache Leistung während einer Fernsehdebatte mit Scargill. Am 22. Oktober wurde dann ein NCB-»Sprecher« von der Regierung ernannt, zweifellos auf Anregung von Walker, der dies jedoch bestritt. MacGregor berichtete später, daß Walker während dieser Zeit bereits im Geheimen mit NACODS-Führern verhandelte (in einem Interview im Sunday Telegraph vom 28. 7. 1985). NACODS, die bisher kaum Erfahrungen in Aushandlungsprozessen gemacht hatten und die generell auf eine Politik des Konsenses orientiert waren, beendeten ihren Streik am 24. Oktober. Hintergrund war eine Übereinkunft darüber, daß die Gehälter künftig wieder ausgezahlt würden und daß eine strenge Überprüfung — möglicherweise durch eine unabhängige Kommission — erfolgen müsse, bevor weitere Zechenschließungen durchgeführt würden. Die NUM weigerte sich, der Übereinkunft mit der Kohlebehörde beizutreten; sie hielt die NACODS-Vereinbarungen für außerordentlich unklar.

Eine weitere, vielversprechende »Friedensinitiative« gab es im Januar 1985. Heathfield (NUM) und Ned Smith (Direktor des NCB für industrielle Beziehungen) traten nach einer friedlichen Verhandlungsphase mit der Mitteilung an die Öffentlichkeit, sie hätten nun die Voraussetzungen für eine Übereinkunft erarbeitet. Frühere Verhandlungen waren immer daran gescheitert, daß die eine Seite die Zechenschließungen aus rein ökonomischen Gründen betreiben wollte, während die andere Seite sie nicht akzeptierte, es sei denn, es sprachen Sicherheitsüberlegungen dafür, oder die Kohle war weitgehend abgebaut. Heathfield und Smith waren kurz davor, eine dritte Kategorie zu definieren, die die Schließungen begründen könnte. Die Beteiligung der gesamten NUM-Exekutive an den Verhandlungen war bereits ins Auge gefaßt. An dieser Stelle verlangten nun jedoch Regierung und NCB, daß die NUM dem Prinzip der Zechenschließung aus rein ökonomischen Gründen als Bedingung für weitere Gespräche zustimmen solle. Smith zog sich empört zurück. Obwohl er ein Befürworter der NCB-Politik war, erklärte er, daß er es für ungeheuerlich halte, eine Gewerkschaft um eine derartige Zustimmung anzugehen, bevor es überhaupt zu Verhandlungen gekommen sei. Gleichzeitig warnte er vor einer weiteren Panikmache.

NACODS protestierten gegen diese von Regierung und NCB aufgestellte Bedingung, die sich nicht in Übereinstimmung bringen ließe mit den von ihr bereits getroffenen Vereinbarungen. In doppeldeutigem Sinne erklärten Walker und Thatcher, daß das NACODS-Abkommen ihnen »hochheilig« wäre, aber daß die NUM bereit sein müsse, überhaupt über unrentable Zechen zu sprechen. Wenn die Regierung sich auf NACODS bezog, ließ sie den Anschein einer konsensorientierten Politik wieder aufleben, um NACODS zu beruhigen. Dieses Mal stützte sie sich auf den TUC, um Hilfestellung bei der Lösung der Auseinandersetzungen einzufordern. Thatcher lud am 19. Februar eine Gruppe von TUC-Führern in die Downing Street Nummer 10 ein. Die TUC waren während der 60er und 70er Jahre dort regelmäßig anzutreffen gewesen. Dies hatte sich seit der Regierung Thatcher geändert. Ihre Weigerung, direkt mit dem TUC zu verhandeln, war ein wichtiger Bestandteil ihrer auf Zerstörung des industriellen Konsenses zielenden Politik. Beglückt über die Rückkehr zu, wie es schien, »alten Zeiten«, ließen sich die TUC-Führer zu Äußerungen hinreißen wie solchen, daß Thatcher eine »großartige Politikerin sei« und »gar nicht so, wie ihr öffentliches Image« es nahelege. Die TUC willigte darin ein, der NUM-Führung ein verklausuliertes Dokument zu unterbreiten, das jedoch am Recht des Managements festhielt, unrentable Zechen zu schließen. Offensichtlich ging die TUC davon aus, daß, wenn sie die Rolle der Schlichterin der Auseinandersetzungen zu spielen in der Lage war, sie ihre in die Brüche gegangenen Verbindungen mit der Regierung wieder herstellen können würde. Rückblickend scheint es jedoch so gewesen zu sein, daß die Regierung wohl zu keiner Zeit bereit war, eine

Übereinkunft anzustreben. Sie ging davon aus, daß jedwede Übereinkunft, der die NUM zustimmen würde, von Scargill als Sieg gefeiert würde. Eigentlich wollte die Regierung nichts anderes, als sowohl NACODS und der Öffentlichkeit vorführen, und dies mit Unterstützung der ehrwürdigen, auf Konsens orientierten TUC, daß sie bemüht war, zu einer Übereinkunft zu kommen. Dies mußte der Regierung zum damaligen Zeitpunkt als wichtig erscheinen, da die öffentliche Meinung in letzter Zeit die Ereignisse kritischer verfolgte. NACODS akzeptierte das sogenannte TUC-Dokument. Genau wie die Regierung es erwartet hatte, stimmten weder die NUM-Führung noch die Vollversammlung für es. Im Namen der Regierung erklärte Peter Walker am 21. Februar 1985: »Da haben wir es! Die Gespräche sind ans Ende gelangt!« Und er forderte die Bergarbeiter auf, an die Arbeit zurückzukehren. Seit November 1984 galt in immer stärkerem Maße, daß jedesmal, wenn Verhandlungen fehlschlugen, die Kampfmoral der Bergleute auch ein Stück in sich zusammenfiel und viele die Arbeit wieder aufnahmen. Dieses Mal war es bereits so weit, daß Süd-Wales in Gefahr war, zu kippen, so daß es folgerichtig zu dem Abstimmungsergebnis kam, die Arbeit wiederaufzunehmen (3. März 1985). Andererseits besagte dieses Abstimmungsergebnis aber auch, daß eigentlich niemand voll überzeugt für die Wiederaufnahme der Arbeit war und die ausgesperrten Bergleute ihrem Schicksal überlassen wollte. Die ausgesperrten Bergleute wurden von jetzt an zum Symbol für die Niederlage der NUM; umgekehrt standen sie für die neue harte Linie des NCB (man führe sich hier vor Augen, daß alle vergangenen Streiks immer mit einer Amnestie endeten). Es gab auch Ausnahmen — speziell in Nord-Derbyshire und Wales —, wo ein aufgeklärteres Management alle diejenigen wieder in ihre Stellen übernahm, die nicht im Gefängnis gelandet waren. In Schottland jedoch wurde niemand wieder aufgenommen. Damit bekamen die Aussperrungen der Gewerkschaftsfunktionäre den Charakter von Säuberungsaktionen. Da speziell die Presse mit ihrer Kampagne, sie als »Männer der Gewalt« zu überzeichnen, einen ziemlichen Einfluß hatte, wurden viele wegen lächerlicher Vergehen ausgesperrt, wegen derer kein Gericht sie für schuldig befunden hätte. Dagegen wurden die nicht im Streik befindlichen Bergarbeiter, die sich an Streikenden vergingen, nicht zur Verantwortung gezogen.

Als die NUM zurückwich, begann das Spiel mit NACODS von Neuem: Die Kohlebehörde war der Meinung, daß sie von nun an, nachdem die Gewerkschaften sich außerstande gesehen hatten, zu einer Übereinkunft über neue Verfahren bei Zechenschließungen zu gelangen, eigenmächtig handeln könne. NACODS war der Meinung, daß in etlichen Fällen freiwillig ausscheidenden NUM-Mitgliedern bereits Abfindungen etc. gezahlt worden seien, so daß die ins Auge gefaßte unabhängige Kontrollkommission nur noch Zechen zu begutachten hätte, die de facto bereits als geschlossen zu gelten hätten. Als dann jedoch die Ankündigungen weiterer Zechenschließungen kamen, ohne daß die Kontrollverfahren eingesetzt wurden, die bereits vor dem Streik existierten, stimmten die NACODS-Mitglieder mehrheitlich für eine Überstunden-Begrenzung, die am 10. Mai 1985 in Kraft trat. Am 18. Mai hielt der Unterstaatssekretär des Energieministeriums eine Rede, die klarmachte, daß die Regierung auf eine Lösung setzte, die die Zechenschließungen beinhaltete. NACODS griff unterdessen den NCB wegen spezieller Täuschungsmanöver an, die sich auf die vorangegangenen Abkommen bezogen. Etliche Manager hatten NACODS ein Rundschreiben unter die Augen gehalten, das das NCB an sie versandt hatte, mit der Bitte, gegenüber den Mitgliedern von NACODS mit härteren Bandagen aufzuwarten. Schließlich, drei Wochen später, hob NACODS die Beschlußfassung für die Überstundenbegrenzung wieder auf, nachdem einige Treffen (unter Ausschluß von MacGregor) mit NCB-Gebietsdirektoren stattgefunden hat-

ten. Allerdings konnte NACODS nicht umhin, zuzugestehen, daß ihre Vereinbarung vom Oktober 1984 keinerlei Auswirkungen gehabt hatte: 36 Zechen wurden dichtgemacht oder waren kurz vor der Schließung, seit der Streik beendet war. Weitere 50 sollten in den kommenden zwei Jahren geschlossen werden, wenn ihre wirtschaftlichen Erfolge nicht den Zielgrößen entsprechen sollten, die das Kohle-Industrie-Gesetz von 1955 festgelegt hatte. Eine Menge Leute warfen der NUM vor, daß sie aus Intransigenz, aber auch einer gewissen Beschränktheit heraus, die Vereinbarungen, die NACODS getroffen hatte, nicht mitgetragen habe. Die Premierministerin drängte auf den Beitritt (*Guardian*, 26. Oktober 1984); der Energieminister erklärte im Parlament, daß trotz bereits vorangeschrittener Vorverhandlungen noch Offenheit bestünde, die NUM an den bisher mit NACODS getroffenen Vereinbarungen zu beteiligen (*Times*, 5. Februar 1985). Als dann schließlich Scargill am 1. März 1985 dem Sprecher des NCB, Michael Eaton, vor Fernsehzuschauern anbot, die Vereinbarungen, die NACODS getroffen hatte, als Basis weiterer Aushandlungen anzusehen, wick Eaton jedoch zurück. Er machte noch einmal zur Bedingung, daß die NUM das zwischen Regierung und TUC ausgehandelte Papier anerkennen solle. Der Schluß, der aus dem zu ziehen ist, ist der, daß eine solche Vereinbarung niemals als Kompromißangebot fungieren konnte; auch weisen die Erfahrungen, die NACODS seit Beendigung des Streiks machen mußte, darauf hin, daß derartige Vereinbarungen schlimmere Konsequenzen haben im Vergleich mit dem Zustand ohne Vereinbarungen. Am 3. Juni 1985 einigten sich die NUM und NACODS auf eine gemeinsam zu verfolgende Strategie in bezug auf Zechenschließungen. McNespy, der Generalsekretär von NACODS, erklärte, daß die Kohlebehörde in betrügerischer Absicht gehandelt habe, und daß man nicht die Absicht habe, ihr noch einmal zu vertrauen. Auch in der NUM breitete sich Mißtrauen aus. Heathfield, der in der Vergangenheit mit der Kohlebehörde auf Basis wechselseitigen Respekts Umgang gepflegt hatte, antwortete auf die Frage, ob er ihr noch glaube, wenn sie von dem künftigen Ausbau der Kohlegruben spreche: »Nein, ich vertraue ihr gegenwärtig gar nicht mehr, in keinem Punkt. Ich habe in 30 Jahren Erfahrungen in den Aushandlungsprozessen sammeln können, die in unserer Branche geführt werden, und ich muß sagen, daß die vertrauenswürdigen Männer alle nicht mehr da sind.«

Die Taktik der NUM

Die Taktik der NUM im Jahre 1984 war in zweifacher Hinsicht verhängnisvoll: politisch und logistisch. Am 8. März traf sich die NUM-Führung, eine Woche nachdem die NCB eine Drosselung der Produktion gefordert hatte; sie zielte damit auf die Schließung von 20 Zechen. Das Yorkshire-Gebiet begann zu streiken; es war wahrscheinlich, daß Schottland folgen würde. Sitzungsgemäß wäre es gewesen, eine Abstimmung auf nationaler Ebene durchzuführen. Am selben Tag gab MacGregor bekannt, daß überschüssige Gewinne zu erwarten seien. Obwohl es das erklärte Ziel der NUM war, zu verhindern, daß Arbeitsplätze aus den verarmten Kohlegebieten verlagert würden, hielt sie das nicht vom Streik ab. Leider hielt es sie aber von der Abstimmung auf nationaler Ebene ab, mit dem Ergebnis, daß es zu einem ziemlichen Wirr-Warr zwischen öffentlich legitimierte und nicht legitimierbaren Aktionen kam: Gebiete, die für Streik waren, durften streiken (und dies war auch — entsprechend der Gebietsklauseln — legitim), und man erwartete, daß der Funke — ausgehend von diesen Gebieten — auf das ganze Land überspringen werde. Diese Taktik konnte 1969, im Rahmen der nicht-angemeldeten Streiks, noch erfolgreich sein, und dies war auch die Zeit, als Scargill

und seine Generation ihre ersten Streikerfahrungen machten. 1984 jedoch brach, nach einem kleinen Anfängserfolg, ziemlich schnell alles zusammen, da die Polizei sehr schnell und hart eingriff. Eigentlich ging der Streik bereits in den ersten beiden Wochen verloren, und man war gleich zu Beginn von der Härte des Gegenschlags der Polizei überrascht. Schon damals sagten einige Bergleute, daß man es eigentlich kaum mit einer Regierung aufnehmen könne, die in so rabiaten Weise darauf aus sei, die Auseinandersetzung zu gewinnen. Man verlegte sich daher einerseits auf Straßenblockaden, auf der anderen Seite versuchte man es mit Straßenaktionen, Transparenten etc. ... Speziell Scargill versuchte mit diesem Konzept, an die für ihn und die NUM 1972 so erfolgreiche »Schlacht von Saltley« anzuknüpfen, an eine Zeit, als er noch einfacher Delegierter war. Aber nicht nur er erinnerte sich an diese erfolgreiche Schlacht und seine damals beginnenden Fernsehauftritte, sondern vor allem auch seine Gegner in der konservativen Partei, die damit wieder die Gefahr von »Revolution« und »Anarchie« heraufkommen sahen. Und Scargill selbst neigte wohl auch dazu, massenhafte Straßendemonstrationen als ein Vehikel für gesellschaftliche Veränderungen zu begreifen (vgl. Ruthledge 1977/78). Obwohl MacGahey und Heathfield privat versuchten, Scargill klarzumachen, daß es für die NUM wichtiger sei, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen (wie es während der Aktionen von 1972/74 gelang), veränderte Scargill sein öffentliches Auftreten kaum. Wenn er in den Medien auftrat, tat er so, als würde er es lediglich mit der eigenen Mitgliedschaft zu tun haben und nicht mit einer Öffentlichkeit, die von den Zielen und der Legitimität der NUM-Aktionen überzeugt werden sollte (Scargill 1975). Immer noch orientiert an Saltley (1972), wo es gelang, eine breite Unterstützung für die Sache der streikenden Bergarbeiter zu erreichen, schätzte Scargill völlig falsch ein, daß Gewerkschafter es sich nicht leisten können — seien ihre Forderungen auch noch so legitim — auf öffentliche Unterstützung zu verzichten. Als die NUM der öffentlichen Unterstützung verlustig ging (v.a. auch aufgrund der nicht durchgeführten Abstimmung), verlor sie auch ein Stück Solidarität der anderen Gewerkschaften, die sie vorher gehabt hatte. Scargill macht es fast zu seiner eigenen Sache (und dies gegen den Rat der Linken in der NUM-Führungsspitze), die »Schlacht von Saltley« zu wiederholen. In der Nähe von Sheffield standen dann für mehrere Wochen ca. 7 000 Bergleute 5 000 Polizisten gegenüber. Dies war bereits ein ziemlicher Kraftakt. Auch waren die Ausschreitungen während dieser Auseinandersetzungen nicht unbeträchtlich, wobei die Polizei die Gewalttätigkeiten beständig steigerte und für die Eskalationen auch verantwortlich ist. Soweit man sich in Großbritannien erinnern kann, hat es — zumindest seit 1914 — derartige gewalttätige Übergriffe der Staatsmacht nicht mehr gegeben. Scargill, der während dieser Auseinandersetzungen bewußtlos geschlagen wurde, hatte mit dieser Auseinandersetzung tausende seiner Mitglieder in eine Falle gelockt: Die Polizei erteilte ihnen eine brutale Lektion. 95 Bergleute, viele von ihnen schwer verletzt, wurden wegen Aufruhrs angeklagt. Der Innenminister äußerte sich — im Vorgriff auf die Verfahren —; er »erinnerte« die Richter daran, daß derartige Vergehen eigentlich mit lebenslänglichen Strafen geahndet werden müßten.

Die Auseinandersetzungen und Ausschreitungen von Orgreave (1984/85) bildeten einen Rubikon. Auch durfte Scargill sich nicht beklagen; auch er führte einen militanten Stil in die Klassenauseinandersetzungen ein, der — zumindest in Ton und Form — dem der Premierministerin kaum nachstand.

Noch 1972 konnten die Bergleute mit Überzeugung vertreten, daß sie mit ihren Aktionen in sechs Wochen mehr erreicht haben, als in den 25 vorangegangenen Jahren der Kooperation mit dem NCB. Scargill wiederum verlängerte diese positive Erfahrung zu einseitig und war

offensichtlich der Meinung, daß »die Arbeiterklasse lediglich ihre Muskeln spielen lassen müsse«, damit der Staat einlenke. 1984 jedoch hatte sich die Polizei seit ca. 12 Jahren auf derartige Auseinandersetzungen vorbereitet; sie hatte von Saltley gelernt aus Nordirland und den 81er Ausschreitungen. Die Gerichte griffen auch härter durch; wenn Bergleute gegen Kaution freigelassen wurden (die meisten von ihnen wurden später für unschuldig befunden oder lediglich wegen geringfügiger Vergehen angeklagt), bekamen sie die Auflage, nicht an Demonstrationen teilzunehmen sowie gewerkschaftliche Aktionen zu meiden.

Viele der NUM-Aktivisten, die in den letzten Jahren in die Führungsschicht aufgestiegen waren, neigten dazu, auf dem Hintergrund der Erfolge von 1973/74 arrogant zu werden. Sie übersahen völlig, wie wichtig es sein kann, die öffentliche Meinung auf seiner Seite zu haben; stattdessen sahen sie sich oft in der Rolle der politischen Avantgarde, der automatisch gefolgt würde. Es erscheint nicht sehr wahrscheinlich, daß sich die Regierung an der NUM derartig ausgelassen hätte, wenn die Öffentlichkeit hinter ihr gestanden hätte. Speziell bei den Auseinandersetzungen in Orgreave befand die Öffentlichkeit zunächst auch die Polizeiaktionen für gut und nicht die Aktionen der NUM. Auch hier mag ein Quentchen der Erklärung dafür zu finden sein, weshalb der Bergarbeiterstreik verloren ging.

Sicherlich, ein Drittel der englischen Bevölkerung unterstützte die NUM (1972 waren es mehr als doppelt so viele); hunderte von Unterstützungsaktionen wurden ins Leben gerufen, die die Bergleute finanziell, politisch und moralisch unterstützten. Man kann sogar sagen, daß es im Rahmen dieser Unterstützungsaktionen zu einer Art Mini-Wohlfahrtsstaat kam — ein greifbares, positives historisches Beispiel, das sich wohltuend von dem radikalen Individualismus der Konservativen absetzte. Es entstand eine breite Volksbewegung zur Unterstützung des Streiks, und dies zusätzlich zu den Solidaritätsaktionen, die Labour-Party und Gewerkschaften organisierten. Einige sahen bereits einen neuen Politiktypus heranreifen, eine Art Volksfront gegen den Thatcherismus (vgl. Francis 1985); und auch die ausländische Solidarität, speziell der Gewerkschaften, war nicht unbeträchtlich. Jedoch konnten alle diese Hilfsaktionen nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Jahre 1985 die meisten der streikenden Bergleute hoch verschuldet waren, Hab und Gut verkaufen mußten, und ihre Kinder in zwei Nummern zu kleinen Schuhen herumliefen.

Obwohl dem NCB fast jedes Mittel recht war, das zur Wiederaufnahme der Arbeit führen konnte, war doch der schließliche Zusammenbruch des Streiks eigentlich schon ein Resultat seines Beginns: der anfängliche Verzicht darauf, eine breite politische Basis innerhalb der Mitgliedschaft herzustellen für Ziele und auch die Art der Durchführung des Streiks.

Die Taktik des NCB

Obwohl das NCB während der gesamten Streikperiode eng mit der Polizei und der Regierung zusammenarbeitete, soll hier abschließend versucht werden, ihre eigenständige Kampftaktik herauszuarbeiten. Das NCB arbeitete von Beginn an mit der Polizei zusammen mit dem Ziel, die entstehende Streikbewegung von vornherein im Griff zu halten. Heute bestreitet niemand mehr, daß beispielsweise die Telefone der Gewerkschaftszentralen und die der Gewerkschaftsfunktionäre abgehört wurden. Während der Kampagne zur Wiederaufnahme der Arbeit schützte die Polizei in bisher nie gekannter Weise die NCB-Angestellten und deren Eigentum; die normale Kriminalitätsrate sank in dieser Zeit erheblich. Es war durchaus nicht unüblich, daß eine einzige Person von ca. 1000 Polizisten begleitet wurde, wenn sie die Gru-

bentore passierte, obwohl die Kohleförderung wohl niemals nur von einer Person bewerkstelligt werden kann. Immer wieder wurde berichtet, daß die Bergleute von Polizisten aufge sucht wurden, die sie mit irgendwelchen Vergehen und Verbrechen zu belasten versuchten und ihnen bei Wiederaufnahme der Arbeit Straffreiheit anboten.

Überhaupt, die Kampagne zur Wiederaufnahme der Arbeit war eine völlig neue Art der Auseinandersetzung. Den Startschuß gab der NCB-Gebietsdirektor von Nord-Derbyshire. Er wollte die NUM »aufrollen«. Beispielsweise ließ er Namen und Adressen aller Bergleute dieser Region veröffentlichen (die Gewerkschaft selbst verfügte gar nicht über diese Informationen). Dann suchte das NCB diejenigen Bergleute auf, deren Wohnungen am weitesten von der Zeche entfernt lagen; man unterstellte, daß sie wahrscheinlich die ersten sein würden, die durch das Netz der NUM-Unterstützungsaktionen in den Dörfern fallen würden. Außerdem wurden diejenigen Bergleute von dem NCB bearbeitet, die in der Gegend von Nottinghamshire lebten, — ein Gebiet, das an eines angrenzte, was nicht streikte. Über Monate hinweg erreichte man damit gar nichts; oft ging ein leitender Angestellter des NCB durch die Straßen, gefolgt von einem NUM-Funktionär, der über ein Megaphon rief »Vorsicht, nicht die Tür öffnen, es ist ein Manager des NCB.«

Im Oktober schließlich, nach dem Zusammenbruch der Hauptverhandlungen, die begleitet wurden mit dem Angebot finanzieller Zuwendung im Falle der Wiederaufnahme der Arbeit, schnellten innerhalb einer Woche die Zahlen derjenigen in Nord-Derbyshire in die Höhe, die zurückkehrten. Gegen Ende des Streiks sah es so aus, daß 80 % an die Arbeit zurückgekehrt waren, in einer Region, in der sich über 50 % in einer Abstimmung für den Streik ausgesprochen hatten.

Die in Nord-Derbyshire entwickelte Strategie war erfolgreich, und sie wurde dann auch in anderen Gebieten angewandt. Sie war deshalb erfolgreich, weil sie die Bergleute mit dieser Methode von der Gewerkschaft isolierte, sich die schwächsten Glieder vornahm und — über ein Eindringen in den privaten Bereich — familiären Druck auf die Streikenden zu erzeugen in der Lage war. Gegenüber diesen Methoden und Machenschaften war es für die NUM kaum noch möglich, ihre Strategie erfolgreich zu verteidigen. Möglicherweise gehören Begebenheiten wie solche, wo Führer der NUM während des Streiks von den Bergarbeitern wie Helden empfangen wurden, der Vergangenheit an. Funktionäre der NUM äußerten auch die Befürchtung, daß in Zukunft Solidaritätsaktionen immer schwieriger werden würden, da die neuen Gruppengebiete in großer Entfernung von den Wohnungen angesiedelt seien (Kahn 1985). Demgegenüber muß jedoch vermerkt werden, daß die Bergarbeiter im neu entstandenen Selby-Gebiet volle 11 Monate durchstreikten.

Die NUM und die Zechenschließungen

Die Positionen der NUM gegenüber den Zechenschließungen wies einige schwache Punkte auf. In der Folge der 74er Streiks hatten die Gewerkschaften zusammen mit der Regierung und dem NCB eine Vereinbarung unterzeichnet, den Kohleplan. In diesem Plan ging es um Maßnahmen, die dazu führen könnten, neue, expandierende Bereiche des Bergbaus zu unterstützen und alte Zechen wieder in Gang zu setzen. Die Gewerkschaften schluckten die Zielsetzung der Produktivitätssteigerung, da sie auf eine Ausweitung der Produktion hofften. Letztere allerdings blieb aus; die Kapazitäten der Stahlindustrie wurden nicht verdoppelt, sondern halbiert, und nach der 79er Rezession wurde die industrielle Basis des Landes erheb-

lich geschmälert. Betroffen war hauptsächlich die Schwerindustrie, die bisher ein Hauptabnehmer von Kohle war. Die NUM-Führung führte ihren Kampf unter Bezug auf den Kohleplan, mit dem Ziel, zu demonstrieren, daß, wenn die Kohlebehörde die Produktionsziele ändere und die Produktion drossle, sie auch das Abkommen breche.

Die NUM bekämpfte die sich vollziehende Konzentrationspolitik im Bergbau, und implizit bekämpfte sie auch die Verschleuderung der Kohlevorräte. Sie stützte sich bei letzterem auf die Argumente eines früheren Beraters der Kohlebehörde selbst (Heathfield 1985). Wenn Bergwerke einmal geschlossen sind, werden sie normalerweise nicht wieder in Betrieb genommen. Auch die englische Geologische Gesellschaft, die für keine Seite Partei ergriff, war der Ansicht, daß die ins Auge gefaßte Konzentrationspolitik auf der Basis von Hochtechnologie die Kohlevorräte innerhalb von weniger als 50 Jahren aufbrauchen dürfte. Theoretisch könnte sie jedoch — auf Basis einer anderen Nutzungspolitik — dreimal so lange genutzt werden (so R. Crockett von der British Geological Society im Dezember 1984). In der Folge entbrannte eine Auseinandersetzung über die Preis- und die Technologiepolitik der NCB. Cutler (1985) z.B. hielt die gesamte, an der Steigerung der Kapitalintensität orientierte Politik des NCB für schädlich und arbeitete die Vorteile einer eher an hoher Arbeitsintensität orientierten Strukturpolitik heraus. Insgesamt wurden gegen Ende des Jahres 1984 eine Menge von gut abgesicherten, wirtschaftspolitischen Argumenten zusammengetragen, die die Schließungspolitik der Regierung in einem anderen Licht erscheinen ließen. Auch wurde darauf verwiesen, daß beispielsweise die Nationale Elektrizitätsbehörde hohe Gewinne auf Kosten des NCB machte (Berry et.al. 1985). Rückblickend ist es bedauerlich, daß die NUM diese Analyse nicht bereits zu Beginn des Streiks zur Verfügung hatte. Als sie schließlich zugänglich wurde, war die öffentliche Meinung bereits für das NCB eingenommen. Es gelang dem NCB in diesem Falle auch, die Veröffentlichung dieser für ihren einmal eingeschlagenen Weg ungünstigen Ergebnisse für immerhin drei Monate zu unterbinden.

Auswirkung auf TUC und Labour Party

Beide, TUC und Labour Party, waren aufs höchste irritiert durch die Art, wie der Streik geführt wurde, v.a. auch darüber, daß die Versuche, ihn erfolgreich zu beenden, nichts fruchteten. Die Labour Party vertrat eher die erste, der TUC die zweite hier angeführte Position. Die NUM-Führung verbat sich von Beginn an jegliche Einmischung des TUC, auch im Hinblick darauf, daß der TUC sie vorzeitig in einen Kompromiß hineinzwingen könnte, wie sie dies bereits öfter mit anderen Gewerkschaften gemacht hatte. Später dann, auf dem Gewerkschaftstag des TUC, im September 1984, appellierte Scargill leidenschaftlich an die Unterstützungsbereitschaft des TUC. Die TUC-Generalversammlung sagte auch weitreichende Hilfe zu; was sie dann tatsächlich zu leisten in der Lage war, bezog sich auf die Finanzierung von Notfonds und Unterstützungszahlungen, damit die NUM-Verwaltung aufrechterhalten werden konnte. Darüber hinaus waren sie und ihre Mitglieder entweder nicht bereit oder in der Lage, weitere praktische Solidarität mit der NUM zu üben. Speziell die TUC-Mitgliedschaft schien sich selbst durch Arbeitslosigkeit bedroht zu fühlen; zusätzlich fühlte sie sich aber auch von der NUM-Spitze abgestoßen und konnte die Art und Weise, wie der Streik geführt wurde, nicht mittragen. Sollte die Mitgliedschaft tatsächlich den Streik nicht befürwortet haben, so gaben ihr letztlich die Streikpraktiken genügend Vorwände, tatsächlich die Unterstützung zu verweigern. Die Arbeiter der Elektrizitätswerke, die die NUM wie nie zuvor

gebraucht hätte, hatten sich in der Zwischenzeit nach rechts bewegt. Eigentlich konnten die meisten Bergleute nicht begreifen, daß die Gewerkschaftsbewegung bereit war, ihre Niederlage hinzunehmen. Die Gewerkschaftsbewegung war nicht mehr in der Lage, die NUM zu beeinflussen, geschweige denn zu unterstützen; sie war aber auch nicht in der Lage, auf die Regierung einzuwirken, sie zu irgendwelchen Vereinbarungen hinzuführen.

Die Labour Party tat sich da etwas leichter. Obwohl durch den Streik ihre Verschnaufpause nach der verheerenden Wahlniederlage von 1983 abgekürzt wurde, war es so, daß sie zum erstenmal seit drei Jahren bei Meinungsumfragen vorne lag. Zwar wurde die Labour-Führung dafür kritisiert, daß sie gegenüber der NUM-Führung auf Distanz ging. Sie tat dies jedoch erst, nachdem die NUM-Führung der von Labour ausgesprochenen Aufforderung nach einer Abstimmung über den Streik nicht nachkam. Die Probleme der Labour-Führung spitzten sich erst nach dem Ende des Streiks zu, als zu befürchten stand, daß die NUM sich spalten könne. Die abgefallenen Gebiete, insbesondere Nottingham, waren Gebiete, die Labour bei den nächsten Wahlen zurückgewinnen hoffte.

Auch erwartete man Schwierigkeiten zwischen der Parteiführung und den Aktivisten, die zum Beispiel Scargill auf dem 84er Parteitag stehende Ovationen gebracht hatten. Als der Streik in sich zusammengebrochen war, tat sich dann auch ein tiefer Riß zwischen der auf die Verfassung orientierten Linken und den sogenannten harten Linken auf, die an einen Aufstand dachten. Allerdings wurden die Neo-Trotzkisten und die Gruppierungen der äußersten Linken (die, als sich Großbritannien politisch polarisierte, zunächst als politischer Unruheherd erschienen) im Anschluß an den Streik zunehmend an den Rand gedrängt. Bekannte Figuren wie der Londoner Führer Ken Livingstone bewegten sich auch von der »äußersten Linken« zur »inneren Linken«. Diese Entwicklungen innerhalb der Labour Party spiegelten die Spaltung wider, die sich bereits in der Kommunistischen Partei vollzogen hatte: die Spaltung zwischen der Mehrheit von »Euro-Kommunisten« und den Lesern von »Marxism Today« auf der einen Seite und den »Stalinisten« auf der anderen Seite, die sich um den »Morning Star« scharten. Diesen Entwicklungen vorausgegangen waren Diskussionen darüber, ob und bis zu welchen Grade die »traditionelle Arbeiterklasse« noch existiere und daß sie stark zusammengeschmolzen sei, so daß — auch auf dem Hintergrund der technologischen Entwicklung — man sich fragen müsse, ob andere Bündnisstrukturen angesagt seien. Der Streik der Bergarbeiter hatte beiden Seiten die Argumente geliefert, die sie brauchten, obwohl eigentlich sein Ergebnis eher Positionen der »inneren Linken« stützen konnte, denn es unterstrich mit aller Deutlichkeit die Unzulänglichkeit von Avantgarde-Taktiken, wenn sie ohne Unterstützung der Öffentlichkeit blieben.

Die Auswirkungen auf die NUM

Die Gewerkschaft beendete den Streik, ohne noch irgendwelche Rücklagen zu haben (sie sind auch bis heute noch nicht wieder vorhanden); sie ging der Gefolgschaft eines Teils ihrer Mitglieder verlustig; andere Mitgliedergruppen schlugen sich mit Schuldenbergen herum. Ihre Stellung als mächtigste Gewerkschaft des Landes ist zerschlagen, möglicherweise für immer. Zusätzlich muß sie der höchstwahrscheinlichen Tatsache ins Auge sehen (wie sie es auch bereits vor dem Streik tat), daß ihre Mitgliedschaft sich innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre um die Hälfte reduzieren wird. Die letzte Demütigung war die, daß bei der Wiederaufnahme der Arbeit die gefeuerten Männer nicht dabei waren, und dies waren zum Teil die ak-

tivsten Mitglieder. Dennoch: Viele Mitglieder der NUM sind überzeugt — und äußern dies auch öffentlich —, daß sie einen moralischen Sieg errungen haben. »Wir kämpften härter und länger, als irgendjemand sonst gegen die Arbeitslosigkeit gekämpft hat. Und niemand hat wohl erwartet, daß wir solange durchhalten würden, und keine andere Gewerkschaft hätte einen solchen Kampf geführt!«, so formulierte es ein Bergarbeiter. Viele betonten auch, daß sie darauf vorbereitet seien, den Streik wieder aufzunehmen. Dies sind vor allem jüngere Bergarbeiter.

Für die NUM war der Abfall der Gliederung in Notts und in anderen kleineren Regionen eines der Hauptprobleme, denn auf diese Weise bestand die Gefahr des Verlusts von 25 % der Mitgliedschaft, möglicherweise sogar ein noch größerer Anteil, stellt man künftige Zechenschließungen in Rechnung (bsp. Schottland, Wales, Durham, Kent und Yorkshire).

Die traditionell vorhandenen regional begründeten und auch politischen Rivalitäten, die mit Nottingham bestehen, beruhen hauptsächlich auf einer kontroversen Einschätzung gewerkschaftlicher Demokratiekonzepte: das eine ist eher auf Individualvertretungsrechte orientiert, das andere auf Kollektivrechte (vgl. Taylor 1985).

Schlußbetrachtung

Der Bergarbeiterstreik wirft viele Fragen auf; einige davon beziehen sich auf das Problem, welche Strategie und Taktik Gewerkschaften denn eigentlich im Angesicht einer technologischen und ökonomischen Restrukturierungspolitik einschlagen könnten. Auch wenn die NUM eine Abstimmung über den Streik durchgeführt und gewonnen hätte (im April 1985 unterstützten ihn entsprechend den Meinungsumfragen — zwischen 55 und 65 % ihrer Mitglieder), wäre es nicht sehr wahrscheinlich gewesen, daß sie ihn gewonnen hätte. Wäre die Abstimmung gegen den Streik ausgegangen, hätte die NUM das Recht gehabt, stillzuhalten. Wenn es jedoch so ist, wie die NUM es beansprucht, daß sie eine Verpflichtung übernommen habe gegenüber künftigen Generationen und den Gebieten, in denen diese leben, dann hat diese Verpflichtung auch einen höheren Wert als es einfache demokratische Spielregeln haben. Die Gründe, die diejenigen dafür anführten, daß sie die Arbeit nicht niederlegten, waren auch vergleichsweise dürftig: Sie bezogen sich auf das Terrain demokratischer Spielregeln, die nicht eingehalten wurden und darauf, daß sie sich dem Schließungsplan widersetzen wollten. Dabei hätte eigentlich deutlich geworden sein müssen, daß dies die letzte Möglichkeit war, für diese Sache zu streiken. Einige Bergarbeiter waren von Beginn an gegen den Streik; sie führten damals schon an, daß er Zeitvergeudung bedeute und auch gar nicht erfolgreich sein könne. Es ist nicht leicht, zu beurteilen, ob diese Einschätzung richtig war oder schlicht eine »self-fulfilling prophecy«. Eigentlich ist zur Zeit wohl niemand in der Lage, ein Urteil darüber abzugeben, ob die politischen Spaltungen innerhalb der NUM Resultat oder Voraussetzung von Auseinandersetzungen sind über das, was politisch legitim und durchsetzbar ist, oder das, was rechtlich und ökonomisch vertretbar ist.

Es hat sich jedoch auch noch eine andere Seite aufgetan: Der Streik offenbarte, auch als Ergebnis des schwindenden Einflusses der Gewerkschaften, daß die zentrale Regierungsgewalt in England ziemlich gestärkt worden ist. Viele derjenigen, die sich nicht mit den Zielsetzungen der NUM einverstanden erklären konnten, waren in der Folge entsetzt über die Zersetzung der Bürgerrechte und die Politisierung einer enorm angewachsenen Polizeimacht. Dies ist das Resultat einer gezielten Politik innerhalb der Gesamtstrategie der Regierung. Wenn auch

nicht den demokratischen Spielregeln folgend, so war doch ein möglicher Umsturz, hervorgerufen durch die Gewerkschaftsbewegung, seit den Bergarbeiterstreiks von 1972/74 beinahe ein ungeschriebener Teil der Verfassung (die in Großbritannien sowieso ungeschrieben ist). Aber auch ohne dieser Überlegung zu folgen, verfolgen doch viele die künftige Entwicklung des Staates mit wachsender Unsicherheit.

Aus dem Englischen von Sabine Gensior

Übersicht über die wichtigsten Daten

- März 1981:* Yorkshire entscheidet sich mit 96 % für den Streik; die Regierung gibt klein bei
Dezember 1981: Scargill (bisher der Präsident von Yorkshire) wird zum NUM-Präsidenten gewählt
Oktober 1982 und März 1983: Abstimmungen gegen die Streikaktionen
1. September 1983: MagGregor wird zum Vorsitzenden des NCB berufen
Januar/Februar 1983: eine gesonderte Konferenz der NUM fordert ein nationales Überstundenverbot
Frühjahr 1984: Süd-Yorkshire streikt gegen die vorgesehenen Zechenschließungen
6. März 1984: das NCB kündigt Kapazitätsdrosselungen an; das Yorkshire-Gebiet ruft den Streik aus
8. März 1984: das NCB erhöht die Abfindungszahlungen; die NUM-Führung trifft sich; Entscheidung dafür, die Gebietsstreiks nicht zu unterbinden, obwohl keine nationale Abstimmung erfolgt war. Yorkshire, Durham, Kent und Schottland streiken vom 12. März 1984 an
12. März 1984: Streiks und öffentliche Aktionen haben die Arbeit in der Hälfte der Bergwerke zum Stillstand gebracht
19. März 1984: Abstimmungen in Notts und anderen »gemäßigten« Gebieten gegen den Streik; Polizei marschiert auf, um Arbeitsunterbrechungen in 42 von 176 Bergwerken zu verhindern
23. Mai 1984: die ersten Verhandlungen scheitern
18. Juni 1984: die größte Auseinandersetzung des gesamten Streiks in Orgreave in der Nähe von Sheffield; Scargill wird von der Polizei bewußtlos geschlagen
Juli 1984: erster Hafendarbeiterstreik (12 Tage); die dritte Gesprächsrunde platzt
August 1984: zweiter Hafendarbeiterstreik; August/September, »arbeitende Bergarbeiter« beginnen gerichtliche Eingaben zu machen gegen die NUM-Führung, mit der Begründung, daß sie die Abstimmung verhindert habe
September 1984: gewalttätige Auseinandersetzungen in Dörfern von Süd-Yorkshire, Auseinandersetzungen mit gewalttätiger Polizei. NACODS spricht sich mit 82,5 % für den Streik aus
Oktober 1984: der Parteitag der Konservativen ist von Auseinandersetzungen gekennzeichnet ebenso wie der der Labour Party; NCB, NACODS und NUM werden zu Gesprächen zusammengebracht, die Gespräche scheitern, NACODS setzt den Tag für den Streikbeginn fest
24. Oktober 1984: Aushandlung mit NACODS über die Zechenschließungen
Oktober/November 1984: Kampagne des NCB für die Wiederaufnahme der Arbeit mit Hilfe finanzieller Anreize
24. Januar 1985: die gesamte NUM-Führungsspitze trifft sich mit dem NCB, um neue Gesichtspunkte herauszufinden, die den Streik beenden könnten; die Regierung mischt sich ein und insistiert auf einer Vorbedingung; die Gespräche zwischen dem NCB und der NUM werden wieder abgebrochen
19. Februar 1985: Thatcher trifft eine Verbindungsgruppe der TUC; letztere übergibt der NUM ein Papier, das Bedingungen enthält, die die NUM nicht akzeptiert; NACODS akzeptiert sie; die Regierung verpediert die Möglichkeit für zukünftige Gespräche
3. März 1985: eine Sonderkonferenz der NUM wird in London abgehalten und stimmt mehrheitlich dafür ab, den Streik zu beenden (98:91)
5. März 1985: die Rückkehr zur Arbeit; jedoch Widerstand in Yorkshire und in Kent, dort wird noch eine Woche länger gestreikt

Literatur

- Allen, V.L., *The Militancy of British Miners*, Shipley 1981
- Barnsley Women, »*Women Against Pit Closures*«, Barnsley Women Against Pit Closures, 1984
- Bassett, P., *The Year The Miners Lost The People*, Financial Times, 1. März 1985
- Berry, A., Capps, T., Cooper, D., Hopper, T., Lowe, A., *NCB Accounts a Mine of Mis-Information? Accountability*, January 1985
- Bradshaw, S., *The Impact of High Technology on the Politics of Mining*, The Listener, 25. April 1985
- Burns, A., Feickert, D., Newby, M., Winterton, J., *An Interim Assessment of Miners*. Working Environment Research Group Report No. 4, University of Bradford, 1982
- Burns, A., Newby, M., Winterton, J., *Second Report on Miners*. Working Environment Research Group Report No. 6, University of Bradford, 1984
- Campbell, A., Warner, M., *Changes in the Balance of Power in the British Mineworkers Union*, British Journal of Industrial Relations, Vol. XX, No. 1, März 1985
- Cutler, A., Haslam, C., Williams, J. & K., *The Aberystwyth on Coal*, Economic History Department, University College Wales, Aberystwyth, 1985
- Edelstein, J.D., Warner, M., *Comparative Union Democracy: Organization und Opposition in British and American Union*, George Allen & Urwin, London, 1975
- Frances, H., *Mining — The Popular Front*, Marxism Today, February 1985
- Glyn, A., *The Economic Case Against Pit Closures*, National Union of Mineworkers, Sheffield, 1984
- Huckleby, W. (pseudonym), *Strange Role of British Media*, The Media Reporter, Winter 1984
- Kahn, P., *A New Politics for Coal*, New Socialist, September 1985
- Lloyd, J., *The long Term Implications of the Miners Strike*, Energy Focus, Vol. 2, No. 2, July 1985
- Page Arnot, R., *The Miners — One Union — One Industry, A History of the National Union of Mineworkers 1939-46*, George Allen & Urwin, London, 1979
- Pargeter, M., *Pits, Privatization and Politics*. Economic Affairs, July/September 1985
- Patterson, R., *Profile of Arthur Scargill*, BBC Radio 4, 1. June 1984
- Ruthledge, I., *Changes in the Mode of Production and the Growth of Mass Militancy in the British Mining Industry 1954-74*, Science and Society (New York), Vol. 41, No. 4, Winter 1977/78
- Scargill, A., *The New Unionism*, Interview in New Left Review, July/August 1975
- Taylor, A., *The Politics of the Yorkshire Miners*. London, 1984
- Thompson, E.P., *A Special Case, in: Writing By Candlelight*, London, 1980